



An den Grossen Rat

15.5083.02

PD/P155083

Basel, 3. Juni 2015

Regierungsratsbeschluss vom 2. Juni 2015

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Einwanderungskanton Basel“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Tausende Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern wollen jedes Jahr in unser schönes Basel. Basel ist mit dem aktuellen Asylantenstrom überfordert, viele Bürger spüren Ängste. Es wird demonstriert. Bald gibt es die Pegida auch in Basel, mit Generalsekretär Eric Weber an der Spitze.

1. Wer kommt da eigentlich zu uns? Und warum? Was sind das für Flüchtlinge? Echte oder unechte?
2. „Stoppt die Islamisierung“ steht auf den Plakaten bei der Pegida-Demo. Bringen Einwanderer Islamismus zu uns nach Basel?
3. Brauchen wir Einwanderung?
4. Einwanderungswellen gibt es seit 60 Jahren. Hat das Basel verändert?
5. „Stopp: Von Zuwanderung in die Sozialsysteme“ – steht auf Plakaten bei Pegida. Belasten Zuwanderer das Sozialsystem?
6. Gibt es da, wo viele Ausländer leben, mehr Kriminalität?
7. Warum gibt es bei uns Asyl?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wer kommt da eigentlich zu uns? Und warum? Was sind das für Flüchtlinge? Echte oder unechte?

Der Wanderungsanalyse, ein jährlich vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt publizierter Bericht, kann man einwanderungsrelevante Informationen wie Herkunftsland und Aufenthaltsstatus entnehmen. Zu den Gründen, die zur Migration führen, zählen: Erschwerte Lebensbedingungen wegen Krieg, Hunger und Vertreibungen, wirtschaftliche Gründe oder einfach nur Wanderlust oder Neugierde. Der Regierungsrat unterscheidet nicht zwischen „echten“ und „unechten“ Flüchtlingen. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen kommen aus kriegsgeplagten Ländern wie Syrien und Afghanistan.

2. „Stoppt die Islamisierung“ steht auf den Plakaten bei der Pegida-Demo. Bringen Einwanderer Islamismus zu uns nach Basel?

Nein. Die grössten ausländischen Zuzügergruppen des Jahres 2013 waren die Deutschen, die Italiener und die Spanier - bekanntlich alles nicht-muslimische Gruppen.

3. Brauchen wir Einwanderung?

Ja. Die Zuwanderung führt dazu, dass...:

- ...die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen auf den internationalen Märkten steigt (Fachkräfte aus dem Ausland mit interkulturellen Kompetenzen),
- die Innovationskraft gesteigert wird (Migration ausländischer Forscherinnen und Forscher),
- die AHV entlastet wird, weil Migrantinnen und Migranten jung sind und deshalb länger einzahlen können,
- die öffentlichen Haushalte entlastet werden (Neuzuwanderer belasten die Staatskasse weniger als in der Schweiz Geborene),
- die medizinische Pflege und Vorsorge davon profitieren (immer mehr ältere Personen zu versorgen) und
- der Wohlstand generell steigt (wirtschaftliches Wachstum, das auch die finanzielle Lage verbessert).

4. Einwanderungswellen gibt es seit 60 Jahren. Hat das Basel verändert?

In positivem Sinne, ja. Basel ist zu einer prosperierenden, lebenswerten Grossstadt avanciert.

5. „Stopp: Von Zuwanderung in die Sozialsysteme“ – steht auf Plakaten bei Pegida. Belasten Zuwanderer das Sozialsystem?

Siehe Antwort zur Frage 3.

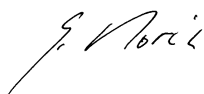
6. Gibt es da, wo viele Ausländer leben, mehr Kriminalität?

Aus der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundes geht hervor, dass Basel 2014 die sicherste Grossstadt der Schweiz ist - äusserst bemerkenswert für eine Stadt, die einen der höchsten Ausländeranteile der Schweiz hat.

7. Warum gibt es bei uns Asyl?

Die humanitäre Tradition des Landes in Bezug auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen wird weitergeführt. Gegenüber Menschen in Not wird, wie auch bereits in der Vergangenheit der Basler Geschichte, Offenheit gezeigt. Hinzu kommt, dass für die Gewährung von Asyl oder anderweitigem Schutz in der Schweiz sowohl nationale als auch internationale Rechtsgrundlagen und Abkommen gelten: Für die Schweiz sind die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen, die Kinderrechtskonvention sowie das Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen verbindlich.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin